

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 6. Mai 1981

am Donnerstag, dem 7. Mai 1981

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Bürger, die auf Grund rechtlich zwingender Vorschriften bei bestimmten Rechtsgeschäften (Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum) ein Notariat in Anspruch nehmen müssen, vor erheblich finanziellen Schäden zu schützen, wenn Notare die ihnen anvertrauten Mittel — wie in Essen und Siegen geschehen — veruntreuen?
2. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Trifft es zu, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Geschädigten auch bei grob fahrlässiger Handlungsweise von Notaren voll für ihre aufgenommenen finanziellen Verpflichtungen haften müssen, ohne bei Zahlungsunfähigkeit des Notars eine Möglichkeit des Schadenersatzes zu haben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern oder ohne Länderbeteiligung, ein Sonderprogramm für Sozialmietwohnungen in Stadtregionen einzuführen, und wenn ja, mit welchem finanziellen Aufwand und mit welcher Kostendeckung?
4. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Welche Mittel in welchen Sonderprogrammen werden im Wohnungsbau nach Auffassung der Bundesregierung in den Jahren 1981 und 1982 entweder gekürzt oder gestrichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

5. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung nach dem Beschluß der US-Regierung, ab 1982 die staatliche Förderung des Hochtemperaturreaktors endgültig einzustellen, die Möglichkeiten internationaler Kooperation bei der Entwicklung dieser neuen Reaktorlinie, die nicht im nationalen Alleingang in den Markt eingeführt werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

6. Abgeordneter
Spöri
(SPD) Welche Beträge sind von den in den zehn Jahren 1971 bis 1980 von Bund und Ländern insgesamt für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau gemäß Artikel 91 a des Grundgesetzes aufgewendeten Mittel (rd. 24 Milliarden DM) in den einzelnen Jahren für die Schaffung neuer Studienplätze ausgegeben worden?

7. Abgeordneter **Spöri** (SPD) Wieviel Studienplätze sind damit in den Hochschulkliniken und in den übrigen Hochschulbereichen geschaffen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

8. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU) Welche wirtschaftliche Bedeutung hat der Mittellandkanal für die an ihn angeschlossenen industriellen Schwerpunkte, und wieviel Millionen Tonnen Güter werden auf dem Kanal jährlich befördert und wieviel in seinen Häfen umgeschlagen?
9. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU) Kann durch einen weiteren Ausbau des Mittellandkanals die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals für die betroffenen Regionen gesteigert werden?
10. Abgeordneter **Nelle** (CDU/CSU) Wann wurde mit dem Ausbau des Mittellandkanals für Motorgüterschiffe des Europamarktes begonnen, und wann soll der Ausbau beendet sein?
11. Abgeordneter **Dr. Kansy** (CDU/CSU) Ist der bisherige Ausbau des Mittellandkanals so erfolgt, daß die ausgebauten Teile des Kanals von anderen Wasserstraßen aus mit voll beladenem Europaschiff befahrbar sind?
12. Abgeordneter **Clemens** (CDU/CSU) Welche Verzögerung wird der geplante Ausbau des Mittellandkanals durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1981 erfahren?
13. Abgeordneter **Nelle** (CDU/CSU) Wie weit ist der Ausbau der übrigen deutschen Kanäle im Vergleich zum Mittellandkanal im Hinblick auf das „Europa-Schiff“ gediehen, und welche Gesamtmittel stehen hier zur Verfügung?
14. Abgeordneter **Freiherr von Schorlemer** (CDU/CSU) Reichen die zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel aus, den Mittellandkanal nicht nur auszubauen, sondern ihn auch in der Substanz zu erhalten?
15. Abgeordneter **Freiherr von Schorlemer** (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung den Ausbau des Kanalsystems unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten überhaupt für sinnvoll?
16. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie weit die Untersuchungen der in der Legende zum Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen aufgeführten Maßnahmen bei den Ländern sind, und hält die Bundesregierung an diesen Untersuchungen fest, mit der Bereitschaft, notfalls die Entscheidung von 1980 zum Bedarfsplan für das Jahr 1982 zu korrigieren?
17. Abgeordneter **Purps** (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich der Bundesbahndirektion Essen aus Organisationsgründen nicht geleistete Dienststunden nach drei Monaten gestrichen werden müssen, während im Bereich der Bundesbahndirektionen Köln und Frankfurt Überstunden nicht abgefeiert, sondern ausgezahlt werden?
18. Abgeordneter **Purps** (SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diese dem Leistungsauftrag der Deutschen Bundesbahn widersprechende Praxis durch Leistungsverlagerung zwischen den angesprochenen Bundesbahndirektionen zu entgegnen?

19. Abgeordneter
Graf Waldburg-Zeil
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, Streckenstilllegungspläne der Deutschen Bundesbahn in solchen Gebieten wenigstens für den Zeitraum zurückzustellen, in dem dort noch erhebliche Defizite im Straßenbau bestehen, um zu vermeiden, daß überlastete Straßen durch Stilllegung von Bahnstrecken zusätzlichen Bus- und Nahverkehr aufnehmen müssen?
20. Abgeordneter
Schmitt
(SPD) Trifft es zu, daß — wie Pressemeldungen zu entnehmen war — 31,5 v. H. der Führerscheinbewerber die Prüfung beim 1. Versuch nicht bestanden?
21. Abgeordneter
Schmitt
(SPD) Ist dies auf die Gestaltung der Fragebögen oder auf die praktische Fahrprüfung zurückführbar, und ist die Bundesregierung bereit, mit den Verkehrsministern der Länder eine Überprüfung der Fragebögen vorzunehmen und auf eine den Verkehrsbedürfnissen entsprechende Ausgestaltung der praktischen Prüfung hinzuwirken?
22. Abgeordneter
Kleinert
(FDP) Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung jetzt wissenschaftlich prüfen läßt, ob die seit 15. Januar 1980 erlaubten Zusatzbremsleuchten ein Mehr an Sicherheit bringen oder sich durch die vielfach beklagte Blendwirkung auf den Straßenverkehr schädlich auswirken, und wenn ja, auf Grund welcher wissenschaftlich gesicherten Erkenntnis hat die Bundesregierung diese Bremsleuchten am 4. Dezember 1980 vor dem Deutschen Bundestag „für eine nützliche Einrichtung“ gehalten?
23. Abgeordneter
Kleinert
(FDP) Auf welche Weise will die Bundesregierung den nun offenbar doch zutage getretenen Belästigungen und Behinderungen durch die Zusatzbremsleuchten entgegentreten?
24. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Hat der vierspurige Ausbau der B 202 zwischen Rendsburg und Kiel weiterhin Vorrang vor vergleichbaren Straßenbaumaßnahmen in Schleswig-Holstein, und wann ist hier mit dem Beginn zu rechnen?
25. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Hat der vierspurige Ausbau der B 202 Auswirkungen auf den Ausbau der B 76, und wenn ja, welche?
26. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Kürzungen im Straßenbauhaushalt 1981 beim Ausbau der B 455 zwischen Falkensteiner Stock und der K 771 bei Kronberg zu einer Reduzierung des Ansatzes auf 2,0 Millionen DM gegenüber einem tatsächlichen Bedarf von 3,5 Millionen DM führen werden?
27. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es auf Grund dieser Kürzungen nach Auskunft des hessischen Straßenbauamts Frankfurt zu einer Einstellung der Bauarbeiten in diesem Jahr kommt, ein Brückenbauwerk als Torso in der Waldlandschaft steht und erhebliche Umleitungsbelästigungen in Wohngebieten von der Kronberger Bevölkerung noch jahrelang hingenommen werden müssen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

28. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für realistisch, weiter von einer Option für den Flughafen Kaltenkirchen auszugehen, oder muß sie nicht vielmehr jetzt eingestehen, daß durch den Verzicht auf die weitere Verfolgung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig durch die Gesellschafter der Flughafen Hamburg GmbH eine endgültige negative Entscheidung gegen die Verwirklichung dieses Projekts auf dem bisher ins Auge gefaßten Gelände gefallen ist?
29. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung unter Umweltschutz- und Sicherheitsaspekten für verantwortbar, daß mehrere 100 000 Anlieger im unmittelbaren Nahbereich des innerstädtischen Flughafens in Hamburg-Fuhlsbüttel durch wachsendes Flugverkehrsaufkommen künftig noch stärker belastet und gefährdet werden als es bereits heute der Fall ist, oder welche alternativen Standorte stehen nach Kenntnis der Bundesregierung für die spätere Verwirklichung eines Ersatz- bzw. Ergänzungsflughafens im Wirtschafts- und Ballungsraum Hamburg zur Verfügung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

30. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, 1982 das Porto für Briefe, Postkarten und Pakete zu erhöhen, und wenn ja, in welchem Umfang?
31. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung 1981 und 1982 Preiserhöhungen bei anderen Leistungen der Post vorzunehmen, und wenn ja, bei welchen und in welchem Umfang?
32. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundespostminister beabsichtigt, eine Verfügung dahin gehend zu erlassen, daß in Zukunft Überstunden nicht mehr durch Freizeitausgleich aufgefangen, sondern nur noch durch Bezahlung abgegolten werden dürfen?
33. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD)
- Trifft es zu, daß beim Wegfall der Ausgleichsansprüche von ca. 16 Millionen Überstunden — wie in der April-Ausgabe der Zeitschrift „Postpraxis“ die Entwicklung der Überzeitarbeit 1980 der Deutschen Bundespost dargestellt wurde — ca. 7 400 vollbeschäftigte Arbeitskräfte eingestellt werden könnten, und wie beurteilt die Bundesregierung einen möglichen Abbau der Überstunden zugunsten der Einstellung neuer Arbeitskräfte bei der Deutschen Bundespost?
34. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung im Rahmen ihrer Bemühungen, dem öffentlichen Personennahverkehr Priorität einzuräumen, für vertretbar, daß die Deutsche Bundespost als Konzessionsinhaberin von Omnibuslinien im Rahmen sogenannter Betriebsführungsverträge hohe Zahlungen (Konzessionsabgaben) verlangt, und nicht zurückschreckte, sogar von den staatlichen Ausgleichszahlungen an die ESKA Tirschenreuth für die kostenlose Beförderung von Schwerbehinderten 10 v. H. zu beanspruchen, und schließlich auf den Versuch des Landkreises

Tirschenreuth (Hauptgesellschafter dieses öffentlichen Omnibusunternehmens), diese ungerechtfertigten Forderungen zu mildern, einen nunmehr 28 Jahre laufenden Betriebsförderungsvertrag ohne Angabe von Gründen kündigte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|---|---|
| 35. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Wie hoch sind die Gesamtkosten, die der öffentlichen Hand und Privaten bei der Beseitigung der Schäden entstanden sind, die im Zusammenhang mit einem Unwetter am 27. Juli 1980 durch die Sperranlagen der DDR an der Zonengrenze im Bereich des Ortsteils Schwebda der Gemeinde Meinhard (Werra-Meißner-Kreis) verursacht wurden? |
| 36. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung von der DDR eine Entschädigung für die im Zusammenhang mit einem Unwetter durch die DDR-Sperranlagen entstandenen Hochwasserschäden am 27. Juli 1980 im Bereich des Ortsteils Schwebda der Gemeinde Meinhard geltend gemacht, und wie hat die DDR gegebenenfalls hierauf reagiert? |
| 37. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Hat der Berliner Senator und frühere Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Gaus, mit seinem Eintreten für geheime Konsultationen zwischen der Bundesregierung und der DDR-Regierung über Rüstungs- und Abrüstungsfragen die Auffassung der Bundesregierung wiedergegeben, und trifft seine Behauptung zu, in den vergangenen Jahren seien bereits derartige geheime Konsultationen zwischen dem Auswärtigen Amt und der DDR-Regierung durchgeführt worden? |
| 38. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die erneuten Angriffe der SED-Führung auf die freiheitliche Entwicklung in Polen, und welche Rückwirkungen auf das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland sind von der polenfeindlichen Haltung der SED-Führung zu erwarten? |

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|---|---|
| 39. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) | Treffen Meldungen aus Regierungskreisen zu, daß der Bundeskanzler bereits im letzten Sommer Saudi-Arabien eine positive Entscheidung zur Frage von Waffenlieferungen bis Weihnachten 1980 in Aussicht gestellt hat? |
| 40. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Trifft es zu, daß in der Mitte der 60er Jahre 89 Sabre-Jets F 86 über den Iran nach Pakistan, 28 Flugzeuge des Typs Seahawk an Indien und Raketen nach Saudi-Arabien mit Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes und Bediensteten des Bundes und unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen (Kriegswaffenkontrollgesetz, Außenwirtschaftsgesetz) geliefert wurden? |

41. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Stimmt die Vermutung des Mertins-Freundes Vielain in der „Welt“ vom 7. November 1980, „Grund für die strengen Geheimhaltungsmaßnahmen“ (des Vergleichs zwischen Bundesregierung und der Firma Merex im Zusammenhang mit diesem illegalen Waffenhandel) seien „offenbar innenpolitische oder parteipolitische Gründe“, da der Waffenhändler Mertins „im geheimen Staatsauftrag“ gehandelt habe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

42. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß sich die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970 vereinbaren läßt, in dem es heißt, daß beide Vertragsparteien – in dem Bestreben, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen – es als wichtiges Ziel ihrer Politik betrachten, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen, und in dessen Artikel 2 beide Staaten die völkerrechtliche Verpflichtung übernehmen, sich in Fragen, die die internationale Sicherheit berühren, der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten?
43. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß sich der stark interventionistische Charakter der militärischen Drohkulisse der Sowjetunion gegenüber Polen mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970 vereinbaren läßt, in dem es heißt, daß beide Vertragsparteien – in dem Bestreben, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen – es als wichtiges Ziel ihrer Politik betrachten, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen, und in dessen Artikel 2 beide Staaten die völkerrechtliche Verpflichtung übernehmen, sich in Fragen, die die internationale Sicherheit berühren, der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten?
44. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Forderungen des Bundes, die auf Grund von Hilfeleistungen nach dem Konsulargesetz seit dessen Inkrafttreten aufgelaufen sind, und in welchem Umfang wurden Rückforderungen niedergeschlagen?
45. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU)
- Welche Staaten gewähren durch ihre konsularischen Vertretungen im Ausland im gleichen Umfange Hilfsleistungen wie die Bundesrepublik Deutschland?
46. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Angehörigen der US-Streitkräfte in den Räumen Ansbach, Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt, Stuttgart und Ludwigsburg das Betreten von Speiserestaurants, Gaststätten und Diskotheken durch die Betreiber generell verboten ist, und in welcher Weise vermag die Bundesregierung auf die Länder, Kreise und Kommunen einzuwirken, um diese Form der Dis-

kriminierung von Angehörigen der NATO-Streitkräfte — die in der Bundesrepublik Deutschland auch für uns einen Verteidigungsbeitrag leisten — zu beseitigen?

47. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Welches ist der Grund dafür, daß die Reden des deutschen Chefdelegierten auf dem KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid „nur zur persönlichen Unterrichtung“ freigegeben und nicht im Wortlaut veröffentlicht werden, während die USA die Reden ihres Chefdelegierten im Wortlaut veröffentlicht?

48. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bundesrepublik Deutschland, wie inzwischen bekannt geworden ist, das einzige Mitglied der Vereinten Nationen ist, das keinen sogenannten Nationalfeiertag beim Protokoll der Vereinten Nationen angemeldet hat, und hält sie die formale Erklärung aufrecht, daß der 17. Juni, weil er „seiner besonderen Bedeutung wegen“ als „nationaler Gedenktag“ begangen wird, bei den Vereinten Nationen nicht registriert werden dürfe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

49. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, um analog dem „Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden“ vom 12. Mai 1920 (sogenanntes Tumultschadensgesetz) Schäden an Leben, Körper oder Eigentum durch den Staat zu ersetzen, die durch gewalttätige Demonstrationen verursacht sind?

50. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung Rechtsmittel gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 11. Dezember 1980 eingelegt, mit dem festgestellt worden ist, daß das Abhören der Telefone des Schriftstellers Günter Wallraff rechtswidrig war?

51. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD)

Wie oft wurden Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses auf Grund des Gesetzes zu Artikel 10 GG (G 10) seit dem 1. November 1968 durch den Präsidenten (oder Stellvertreter) des Bundesamtes für Verfassungsschutz bzw. durch den Leiter (oder Stellvertreter) des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr bzw. durch den Präsidenten (oder Stellvertreter) des Bundesnachrichtendienstes beantragt, und in wieviel Fällen von Beschränkungen nach G 10 sind die Betroffenen von den Beschränkungsmaßnahmen informiert worden?

52. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, Frauen, die aus religiösen Gründen in ihren Heimatländern vom Tode durch Familienmitglieder bedroht sind, den Status von Flüchtlingen nach den Richtlinien des UNHCR zu geben, und wie viele bedrohte Frauen haben versucht, in Deutschland Asyl zu erhalten?

- | | |
|---|--|
| 53. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) | Wann plant die Bundesregierung die nächste Volkszählung, und welche Daten sollen dabei ermittelt werden? |
| 54. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) | Wie hoch werden die Kosten für die Volkszählung geschätzt, und wie hoch soll der Anteil der Länder sein? |
| 55. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Welche Vorgänge im japanischen Tsuruga-Kernkraftwerk haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Dezember 1980 und März 1981 zur Freisetzung größerer Mengen radioaktiver Stoffe geführt, und inwieweit lassen sich aus diesen Ereignissen Schlußfolgerungen für den Betrieb deutscher Kernkraftwerke ziehen? |
| 56. Abgeordneter
Vosen
(SPD) | Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über Ursachen und Wirkungen der Zwischenfälle in dem japanischen Kraftwerk Tsuruga, können nach Auffassung der Bundesregierung ähnliche Zwischenfälle in deutschen Kernkraftwerken eintreten? |
| 57. Abgeordneter
Vosen
(SPD) | Welche Vorkehrungen sind dagegen getroffen? |
| 58. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung mit dem Grundsatz, Mitglieder rechts- oder linksextremer Parteien nicht im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, für vereinbar, wenn sie neuerdings — wie die Deutsche Bundesbahn — Beamte, die der DKP angehören, in das Angestelltenverhältnis übernimmt und diese sogar noch dieselben Arbeiten bei gleichbleibender finanzieller Vergütung weiterhin verrichten läßt? |
| 59. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Welche Beispiele lassen nach Meinung der Bundesregierung darauf schließen, daß sich die Kirchen zu stark in die Politik einmischen? |
| 60. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) | In welcher Form ist die Bundesregierung den Behauptungen des Vorsitzenden des „DDR“-Minister rats, Stoph, und des Chefs der „DDR“-Grenztruppen, Generalleutnant Baumgarten, entgegengetreten, die Demarkationslinie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mitteldeutschland habe völkerrechtlichen Charakter? |
| 61. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die dramatische Verschmutzung von Werra und Weser am 27. und 28. April 1981 durch Abwässer aus der DDR vor? |
| 62. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der seit Jahren gegen Werra, Weser und Elbe verübten Umweltkriminalität der DDR, die an den genannten Tagen lediglich einen neuen Höhepunkt erreichte, endlich wirksam zu begegnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 63. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wie viele Personen 1979 durch kurzzeitige Arbeitslosigkeit (3 bis 6 Monate) steuerliche Vorteile, auch bei Transferleistungen erzielten, und wenn ja, wie hoch können diese Vorteile sein? |
|--|--|

64. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Steuergerechtigkeit bei Lohnsteuerjahresausgleichen und Einkommensteuererklärungen im Falle von zuviel gezahlter Lohn- bzw. Einkommensteuer dem betreffenden Steuerpflichtigen für den rückzustattenden Betrag für den Zeitraum vom 1. Januar des darauffolgenden Veranlagungsjahres bis zum Auszahlungstermin einen Zinsbonus zum Beispiel von 5 v. H. p. a. zu gewähren und dies in die Steuergesetzgebung miteinzubeziehen?
65. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) In welchem Maß mindern BAföG-Leistungen und Semesterverdienste als eigenes Einkommen die steuerlichen Freibeträge für Schul- und Berufsausbildung und benachteiligen somit Eltern mit geringem Einkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

66. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) Treffen Presseberichte zu, daß zwischen der Beton- und Monierbau AG (BuM) und der Deutschen Industrie-Anlagen-Gesellschaft (Diag) ein Vergleich geschlossen wurde, bei dem die Diag auf eine ursprüngliche Forderung gegen BuM in Höhe von 103 Millionen DM verzichtet und die BuM eine Gegenforderung in Höhe von ursprünglich 29,3 Millionen DM auf einen „einstelligen Millionenbetrag reduziert, der nur unter bestimmten, zur Zeit unwahrscheinlichen Bedingungen fällig wird“, und woraus resultieren gegebenenfalls die jeweiligen Forderungen und das Nachgeben im Vergleich?
67. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU) Welche Folgerungen mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung aus dem Beschluß des Rechnungsprüfungsausschusses vom 7. August 1980 betr. Gewährung einer Bundesbürgschaft von 50 Millionen DM an die Beton- und Monierbau AG gezogen, wonach der Ausschuß erwartet, „daß die Bundesregierung geeignete Schritte zur Durchsetzung der von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen in Aussicht gestellten Rückbürgschaften unternimmt“ und ferner davon ausgeht, „daß die Bundesregierung alle Möglichkeiten eines Regresses prüft und gegebenenfalls ausschöpft“?
68. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Welche Verbesserungen in der Zahlungsbilanz wären eingetreten, wenn im Jahre 1980 die in der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vorgesehenen 45 000 MWe an Kernkraftkapazität gebaut worden wären, verglichen mit tatsächlich etwa 15 000 MWe?
69. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Inwieweit stimmen Zeitungsmeldungen, wonach die Bundesregierung nunmehr entgegen ihrer ursprünglichen Absichtserklärung bereit sein soll, ohne Vorbedingungen ihre Zustimmung zu Verhandlungen über die Verlängerung des sogenannten Swing mit der DDR zu geben?
70. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die jüngsten Empfehlungen des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen zum Anlaß nehmen, ihre energiepolitische Zielsetzung „Vorrang für die Kohle“ wegen der damit verbundenen Umweltgefahren zu überprüfen?

71. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den beträchtlichen Rückgang der Baunachfrage infolge der Kürzung der öffentlichen Investitionsausgaben die Bauwirtschaft Ostbayerns vor einer existenzgefährdenden Situation steht und deshalb gezwungen ist, Entlassungen von Mitarbeitern in größerem Umfang vorzunehmen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
72. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die von Wirtschaftsfachleuten vertretene Ansicht, daß die von den Gewerkschaften in den diesjährigen Tarifverhandlungen betriebene Tarifpolitik der Nominallohnsicherung auf mittlere Sicht zwingend zu einem Nachteil aller sozialen Gruppen, also auch der Arbeitnehmer, führt?
73. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der jetzigen Tarifpolitik der Gewerkschaften die Arbeitnehmer als Gruppe insgesamt jährliche Einkommensverluste von mindestens 20 Milliarden DM hinnehmen müssen?
74. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) Warum wird beim Frühjahrsgutachten der fünf führenden deutschen Wirtschaftsinstitute die wirtschaftliche Lage aus der Sicht des Verbrauchers so gut wie nicht behandelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

75. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Aus welchem Grund hat die Bundesregierung bei den Preisverhandlungen der Europäischen Gemeinschaft für die Mindestpreise der Agrarmarktordnungsprodukte zugestimmt, daß für die Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bei einer Inflationsrate von 5,5 v. H. nur eine Preisanhebung von ca. 3 v. H. erreicht wurde, während die Landwirtschaft der Niederlande bei 7,1 v. H. Inflationsrate eine Preisanhebung von 10,4 v. H. erhielt?
76. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Überlegungen hat die Bundesregierung bei den Preisverhandlungen der Europäischen Gemeinschaft angestellt als sie einer niedrigen Preisanhebung für Getreide (insbesondere Roggen) zustimmte, obgleich doch Getreide auf den mittleren Böden in Konkurrenz zur Milchproduktion steht?
77. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) In welchem Umfang und in welchen Quoten für die einzelnen Bundesländer wird die Bundesregierung das Programm zur Dorferneuerung weiterführen?
78. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung bei ihrer Beurteilung des Berichts des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten „Agrarsozialpolitik — Situation und Reformvorschläge“ davon ausgehen, daß eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung unter Außerachtlassung der unterschiedlichen soziologischen Strukturen, insbesondere eine Anpassung der landwirtschaftlichen Altershilfe an das System der gesetzlichen Rentenversicherung, nicht möglich ist?

79. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer bisherigen Meinung, daß die landwirtschaftliche Altershilfe mit dem Prinzip einer einheitlichen Leistung ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße als Grundsicherung und als Voraussetzung die Abgabe des Hofes eine andere Zielsetzung hat, als die Rentenversicherung und daß der Landwirtschaft auf Grund des starken Rückgangs der in ihr Beschäftigten, verbunden mit der Abwanderung in andere Berufe, die finanziellen Lasten der Altershilfe nicht allein tragen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

80. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für landwirtschaftliche Spätaussiedler aus Polen in der Bundesrepublik Deutschland eine angemessene Alterssicherung zu schaffen?
81. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß bei der von den US-Stationierungsstreitkräften beabsichtigten Einschaltung von Kontraktfirmen für Dienstleistungen, die bisher von zivilen deutschen Arbeitnehmern unmittelbar geleistet wurden, alle bisherigen Arbeitnehmer von den Kontraktfirmen übernommen werden und daß diese Arbeitnehmer in ihren Rechten und Pflichten gegenüber den etwaigen neuen Arbeitgebern nicht schlechter gestellt werden als vorher?
82. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Zielsetzung verfolgt die Bundesregierung mit der Neuordnung des Zivildienstes, wie sieht diese Neuordnung aus, und welche Mehrkosten entstehen dabei?
83. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es Arbeitsämter gibt, in deren Bereich eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote existiert, die einem nicht unerheblichen Teil der Betroffenen einen Arbeitsplatz anbieten könnten, dies aber unterbleibt, da die Mitarbeiter der Ämter mit der Bearbeitung von Anträgen auf Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe, Berufsberatung und anderen Aufgaben bei der Verwaltung der Arbeitslosigkeit bereits in einem solchen Umfang in Anspruch genommen sind, daß sie einer Vermittlungstätigkeit nicht mehr nachkommen können?
84. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß angesichts anhaltender Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt in Arbeitsämtern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote die Personalbemessung bei der Arbeitsvermittlung erhöht wird und bei längerfristiger Abwesenheit von Mitarbeitern Ersatz bereitgestellt wird, um die Wirksamkeit der Arbeitsvermittlung zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

85. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den immer wieder von Wehrpflichtigen geäußerten Wunsch nach einer bundeswehreigenen Rundfunksendung (analog BFN und AFN) im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Systems?

86. Abgeordneter
Merker
(FDP) Warum tragen die Biwakplätze auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohn (soweit ich feststellen konnte, ausschließlich) Namen von früheren deutschen Städten, die heute in Polen liegen?
87. Abgeordneter
Merker
(FDP) Zeugt das nach Auffassung der Bundesregierung von besonderem Taktgefühl, wenn deutsche Soldaten ihr Lager aufschlagen in einem Biwak mit Namen wie „Breslau, Stolberg, Allenstein“?
88. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, daß der Bundeswehr wegen der gestiegenen Treibstoffkosten Mittel in Höhe von einigen 100 Millionen DM fehlen, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, diese unsere Sicherheit bedrohende Finanzierungslücke zu schließen?
89. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Durch welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung sicherstellen, daß den fliegenden Verbänden der Luftwaffe, deren Flugbetrieb schon jetzt eingeschränkt ist, und auch den mechanisierten Teilen des Heeres wieder die für die Ausbildung und Übungen notwendigen Mengen an Treibstoff zugeführt werden, damit zukünftig die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr wegen Treibstoffmangels aus fiskalischen Gründen nicht in Frage gestellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

90. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Treffen Presseberichte (z. B. Kölner Rundschau vom 4. April 1981) zu, nach denen die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit auf einer Sitzung des Städte- und Gemeindebundes in Bergisch Gladbach die Auffassung vertreten hat, von den 5,4 Millionen jungen Menschen zwischen 17 und 23 Jahren seien 13 v. H. schon „ausgestiegen“ und weitere 2 Millionen „pessimistisch“, und durch welche Untersuchung wird diese Auffassung bestätigt?
91. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gründe die jungen Menschen zum „Aussteigen“ bewegt haben, und was wird die Bundesregierung veranlassen, um einerseits diese „Aussteiger“ in die Gesellschaft zurückzuführen und andererseits das „Aussteigen“ weiterer junger Menschen zu verhindern?
92. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Konsequenzen kann die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich aus der Tatsache ziehen, daß Eliteschüler mit einem sehr guten Notendurchschnitt im Abiturzeugnis nach wenigen Semestern Medizinstudium die Vorprüfung mit nahezu 60 v. H. nicht bestanden?
93. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Bemühungen, das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes durchzusetzen bzw. ihm mehr Nachdruck zu verleihen durch gezielte Diskriminierungsverbote oder durch aktive Fördermaßnahmen für Frauen?

94. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die positiven Wirkungen eines allgemeinverbindlichen Antidiskriminierungsgesetzes im Hinblick auf bereits bestehende Einzelvorschriften, beispielsweise im Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und im Betriebsverfassungsgesetz?
95. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Wie müßte eine Gleichstellungsstelle als selbständige Bundesoberbehörde (mit entsprechender Repräsentanz in den Länderverwaltungen) personell mindestens ausgestattet sein, um auch eine wirksame Kontroll- und Überwachungsinstanz darzustellen?
96. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Inwieweit könnten die von einer – etwa als selbständige Bundesoberbehörde ausgestattete – Gleichstellungsstelle wahrzunehmenden Aufgaben auch vom bestehenden Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesgesundheitsministerium wahrgenommen werden?
97. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Wo sollte nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls eine Gleichstellungsstelle als Kontroll- oder Überwachungsinstanz zur Durchsetzung des Gleichbehandlungsgebots errichtet werden: als selbständige Bundesoberbehörde, dem Bundesgesundheitsministerium zugeordnet oder beim Deutschen Bundestag?
98. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß die Bundesländer der Errichtung einer Gleichstellungsstelle als Bundesoberbehörde mehrheitlich zustimmen und auch entsprechende Länderverwaltungen einrichten würden?
99. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Ist es wahr, daß Zusätze von alkoholischen Getränken in Speiseeis- und Joghurtzubereitungen weder nach Art noch Menge deklariert werden müssen, weil sie als Geruchs- und Geschmacksmittel gelten?

Bonn, den 30. April 1981

